

A stylized map of Poland composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent the Polish flag's colors.

Vor den Parlamentswahlen 2015

Polen stellt sich neu auf

**JOANNA ANDRYCHOWICZ-SKRZEBA
UND BASTIAN SENDHARDT**

Oktober 2015

- Nach acht Jahren Regierung durch die »Bürgerplattform« sehnt sich die polnische Gesellschaft nach Veränderung. Die PO konnte viele ihrer Versprechen nicht einhalten und zeigte zuletzt Anzeichen von Regierungsmüdigkeit.
- Seit dem Erfolg ihres Kandidaten Andrzej Duda bei den Präsidentschaftswahlen gibt die Partei »Recht und Gerechtigkeit« den Takt der politischen Debatte vor. Die anderen Parteien haben größte Mühe, die PiS politisch anzugreifen. Laut Umfragen können bis zu sieben Parteien auf einen Einzug ins Parlament hoffen. Sicher scheint jedoch derzeit nur ein Wahlsieg der PiS.
- Die linken politischen Kräfte des Landes treten als Wahlkoalition »Vereinigte Linke« zu den Sejm-Wahlen an. Aushängeschild der Kampagne ist Barbara Nowacka, die den linken Parteien nach dem deutlichen Scheitern bei den Präsidentschaftswahlen neues Leben einhauchen soll. Als Wahlkoalition muss die ZL jedoch eine Hürde von acht Prozent bewältigen, was den Umfragen zufolge keineswegs sicher ist.
- Politische Detailfragen spielen im emotional aufgeladenen Wahlkampf eine eher untergeordnete Rolle. Stattdessen konzentrieren sich die politischen Kontrahent_innen vornehmlich darauf, sich persönlich anzugreifen. Eine stärker an Sachthemen orientierte politische Debatte findet nicht statt.



Die Präsidentschaftswahlen im Mai 2015 haben deutlich vor Augen geführt, dass sich die polnische Gesellschaft verändert hat. Damals hätte angesichts einer Unterstützung von 65 Prozent für den damals noch amtierenden Präsidenten Bronisław Komorowski kaum jemand eine zweite Runde der Präsidentschaftswahlen erwartet.¹ Nach acht Jahren Regierung durch die »Bürgerplattform« (*Platforma Obywatelstwa*, PO) scheint die polnische Gesellschaft ermüdet und sehnt sich nach Veränderung.

Während der Präsidentschaftswahlen zeigten die polnischen Wähler_innen nicht nur Komorowski die rote Karte, sondern vor allem der PO-Regierungskoalition mit der Bauernpartei PSL. Offensichtlich ist Bewegung in die polnische Parteienlandschaft gekommen. Das Zweiparteiensystem – bestehend aus PO und PiS –, das zahlreiche Beobachter_innen noch im letzten Jahr prognostiziert, ist nicht Wirklichkeit geworden. Stattdessen tritt eine Vielzahl neuer politischer Kräfte bei den Sejm-Wahlen am 25. Oktober dieses Jahres an. Von den insgesamt acht Parteien auf dem Stimmzettel können sich bis zu sieben Hoffnungen auf einen Einzug ins polnische Parlament machen.

Die Parteien auf dem Wahlzettel

Hochmut kam vor dem Fall: Die PO vor dem Abschied von der Macht

Nachdem der Gründer der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO), Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates geworden war, folgte Ewa Kopacz, bis dahin Sejm-Marschall² und zuvor Gesundheitsministerin im Kabinett Tusks, auf die Posten der Ministerpräsidentin und der vorübergehenden Parteivorsitzenden.³ Kopacz übernahm das Ruder zu einem für die PO äußerst schwierigen Zeitpunkt. Zum einen hatten sich nach sieben Jahren an der Regierung Ermüdungserscheinungen breit gemacht. Die PO schien eingerostet und kaum mehr fähig zu politischen Innovationen. Zum anderen

fiel der Regierungswechsel in die Zeit der sogenannten Abhöraffaire, bei der einige der wichtigsten Funktionsträger_innen des Staates in Restaurants abgehört wurden. Ewa Kopacz reagierte damals umgehend, indem sie auf den Rücktritt mehrerer einflussreicher PO-Politiker_innen hinwirkte, deren Gespräche aufgezeichnet worden waren – darunter Mitglieder ihres Kabinetts.

Darüber hinaus musste sich Ewa Kopacz nach außen den permanenten Angriffen der Opposition erwehren und nach innen die widerstreitenden Flügel der eigenen Partei im Zaum halten. Diese Machtprobe entschied Kopacz durch die Festlegung der Wahllisten letztendlich für sich. Dabei wurde kritisiert, dass sie Kandidat_innen auf die Parteiliste setzte, die in der Vergangenheit nur geringe Verbindungen zur PO aufwiesen – etwa Ludwik Dorn, bis 2008 wichtiges PiS-Mitglied und aufgrund seiner damals engen Bindung zu den Kaczyński-Brüdern »dritter Zwilling« genannt, oder Grzegorz Napieralski, ehemaliger SLD-Vorsitzender, der 2015 für Kritik an der eigenen Partei suspendiert wurde. Dorn wird sich für die PO um ein Mandat im Sejm bemühen, während Napieralski für den Senat kandidiert. Die Anbiederung der PO bei so extrem auseinander liegenden Milieus weist auf eine Strategie der Verzweiflung hin: Die Partei greift nach jedem Strohalm, um sich zusätzliches Wähler_innenpotenzial zu erschließen – sowohl von links als auch von rechts.

Die Probleme der PO sind vielfältig. Zum einen hat die Partei ein Glaubwürdigkeitsproblem, welches u. a. aus nicht gehaltenen Wahlversprechen herrührt. So verhinderte der konservative Parteiflügel beispielsweise den lange angekündigten PO-Gesetzentwurf zu eingetragenen Partnerschaften. Zum anderen ist die Partei nach dem Wechsel Donald Tusks nach Brüssel zwar keineswegs führungslos, die Position von Ewa Kopacz ist jedoch weder innerhalb der Partei noch als Ministerpräsidentin ähnlich gefestigt wie die ihres Vorgängers.

Schließlich plagt die Partei ein Mangel an politischen Ideen für die Zukunft des Landes. Zu lange hat sich die PO darauf verlassen, dass die Polen sie als »das kleinere Übel« einer PiS-geführten Regierung vorziehen werden. Der zumindest äußerliche Imagewandel der PiS hin zu einer moderateren politischen Kraft und das Auftauchen neuer Akteure auf der politischen Bühne lassen eine Fortführung dieser Taktik jedoch wenig erfolgversprechend erscheinen.

1. Vgl. Roland Feicht/Barbara Szelewa (2015): Abstrafung des politischen Establishments: zu den Präsidentschaftswahlen in Polen. FES Perspektive; <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11482-20150630.pdf>.

2. Vergleichbar mit den Bundestagspräsident_innen.

3. Vgl. Joanna Andrychowicz-Skrzeba/Roland Feicht/Bastian Sendhardt (2014): Kabinettswechsel in Polen. Ein Zeichen politischer Reife. FES Perspektive; <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11016.pdf>.



Diesen Problemen versucht die Partei mit einer Reihe neuer programmatischer Initiativen beizukommen. So schlug die PO etwa Veränderungen im Steuersystem vor, was vor allem Ökonom_innen mit Interesse zur Kenntnis nahmen. Hierzu zählen die Abschaffung der Beiträge für die Sozialversicherungsanstalt (*Zakład Ubezpieczeń Społecznych*, ZUS) und den Nationalen Gesundheitsfonds (*Narodowy Fundusz Zdrowia*, NFZ), die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer (bislang zwei Steuersätze: 18 bzw. 32 Prozent) sowie die Bekämpfung der sogenannten »Müllverträge«.⁴

Zudem kündigte Kopacz einen Stundenmindestlohn von nicht unter 12 Złoty (ca. 3 Euro) an sowie die Abschaffung der Finanzierung von für die gewerkschaftliche Arbeit freigestellten Arbeitnehmer_innen durch die Unternehmen. Zukünftig soll die Finanzierung durch die Mitgliedsbeiträge der Gewerkschaften gedeckt werden. In den Umfragen kommt die PO auf 22 bis 30 Prozent und wäre damit zweitstärkste Kraft im künftigen polnischen Parlament.

Totgesagte leben länger: Die Wiederkehr der PiS

Dass es dem bislang wenig bekannten Europaparlamentarier Andrzej Duda gelingen sollte, den zuletzt noch über Parteigrenzen hinaus populären Komorowski aus dem Amt des Präsidenten zu drängen, hätten sich wohl selbst die überzeugtesten PiS-Anhänger_innen nicht träumen lassen. Seitdem schwimmt die Partei auf einer Welle des Erfolgs und gibt den Takt der politischen Debatte vor. Der Wahlsieg scheint der Partei um Jarosław Kaczyński kaum noch zu nehmen. Doch wie konnte der PiS eine solch furiose Rückkehr gelingen, die womöglich an der Regierungsspitze endet?

Mit der Ernennung von Dudas Wahlkampfleiterin Beata Szydło zur Spitzenkandidatin für die Parlamentswahlen hatte die PiS den eingeschlagenen Weg zunächst konsequent fortgesetzt. Die 52-Jährige spielte in der Partei bis vor Kurzem eine untergeordnete Rolle, weshalb ihr nicht das schlechte Image der PiS-Regierung aus den Jahren 2005 bis 2007 anhaftet, als neben Premier Jarosław Kaczyński dessen Zwillingbruder Lech

4. Bei den *umowy śmieczowe* handelt es sich um häufig befristete Beschäftigungsverhältnisse ohne Sozialleistungen, Krankengeld oder Urlaubsanspruch, die nicht dem Arbeits-, sondern dem Zivilrecht unterliegen.

Kaczyński das Präsidentenamt innehatte. Da die Polen diese Zeit in schlechter Erinnerung haben, hielt sich der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński während des Wahlkampfes lange Zeit im Hintergrund – nicht zuletzt, um insbesondere der PO keinerlei Angriffsfläche zu bieten und deren Bemühungen ins Leere laufen zu lassen, sich als »Anti-PiS« die Sympathien der Wähler_innen zu verschaffen.

Die grundlegende Botschaft des PiS-Wahlkampfes lässt sich in dem Slogan »Polen in Trümmern« (*»Polska w ruinie«*) zusammenfassen. Demnach befinde sich das Land politisch, ökonomisch und moralisch in einer katastrophalen Verfassung und müsse von Grund auf »repariert« werden. Zu den politischen Ankündigungen im Wahlkampf zählen eine Senkung der Körperschaftssteuer für kleine Unternehmen von derzeit 19 auf 15 Prozent sowie die Einführung eines Kindergeldes in Höhe von 500 Złoty (ca. 125 Euro) ab dem ersten Kind für besonders einkommensschwache Familien und ab dem zweiten Kind für alle Familien. Zudem kündigt PiS die Einführung eines Stundenmindestlohns in Höhe von 12 Złoty (ca. 3 Euro) an, die Erhöhung des Steuerfreibetrags sowie die Senkung der Mehrwertsteuer um ein Prozent auf 22 Prozent.

Weltanschaulich betont PiS die Rolle der traditionellen Familie und spricht sich gegen eingetragene Partnerschaften oder auch die Möglichkeit der In-vitro-Befruchtung aus. Außenpolitisch bleibt die PiS meist vage und spricht davon, die Interessen Polens stärker vertreten und die Visegrád-Gruppe neu beleben zu wollen. Pünktlich zur Flüchtlingsdebatte meldet sich auch Kaczyński wieder verstärkt zu Wort. In einer Sondersitzung des Sejm Mitte September lehnte der PiS-Vorsitzende die Aufnahme insbesondere muslimischer Flüchtlinge ab und machte sich damit die weit verbreitete Skepsis im Land vor allem gegenüber muslimischen Ausländer_innen zunutze. Die jüngsten Umfragen sehen die PiS zwischen 32 und 40 Prozent und damit als sicheren Wahlsieger.

Gemeinsam stark? Die Vereinigte Linke

Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt die Kandidatin vom »Bündnis der Demokratischen Linken« (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*, SLD), Magdalena Ogórek, gerade einmal 2,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit



schaftte es das Bündnis nicht einmal, sein Kernelektorat für die eigene Kandidatin zu mobilisieren. Stattdessen machte sich eine zunehmende Entfremdung zwischen der Parteispitze auf der einen sowie Teilen der Mitglieder und potenziell linken Wählerschaft auf der anderen Seite bemerkbar. Gleichzeitig zog Parteichef Leszek Miller keine Konsequenzen aus der Wahlschlappe und verblieb an der Spitze des SLD. Zur Jahresmitte schien der Wiedereinzug des SLD in den Sejm daher höchst gefährdet. Noch Anfang Juli lag die Partei in den Umfragen bei unter vier Prozent.

Abhilfe sollte ein Bündnis mit anderen linken Parteien schaffen. Mitte Juni kam es daher zu einem ersten Treffen verschiedener linker Gruppierungen unter dem Dach des Gesamtpolnischen Gewerkschaftsbundes (*Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych*, OPZZ), um sich im Hinblick auf die anstehenden Sejm-Wahlen zu verständigen. Die Gespräche mündeten am 21. Juli 2015 schließlich in die Gründung der Wahlkoalition »Vereinigte Linke« (*Zjednoczona Lewica*, ZL). Dabei ist insbesondere die Zusammenarbeit zwischen *Twój Ruch* (TR) und SLD hervorzuheben, eine Zusammenarbeit, die vom SLD lange Zeit kategorisch ausgeschlossen wurde und wohl nur unter dem Eindruck der Präsidentschaftswahlen zustande kam. Darüber hinaus gehören dem Wahlbündnis die Grüne Partei (*Zieloni*), die Arbeitsunion (*Unia Pracy*) sowie die Polnische Sozialistische Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) an.

Wenngleich der als Parteivorsitzende schwer angeschlagene Leszek Miller und der TR-Mitvorsitzende Janusz Palikot auf den vordersten Listenplätzen in ihren angestammten Wahlkreisen antreten werden, stellt die ZL vor allem junge Gesichter in den Vordergrund. Zu ihnen gehören die stellvertretende SLD-Vorsitzende Paulina Piechna-Więckiewicz sowie SLD-Generalsekretär Krzysztof Gawkowski. Auch die Grünen-Führung in Person von Małgorzata Tracz und Adam Ostolski hat sich vordere Listenplätze gesichert.

Das Aushängeschild der Wahlkampagne ist jedoch eindeutig Barbara Nowacka, die offiziell als Anführerin der Vereinigten Linken und Premierministerkandidatin ins Rennen geht. Im Mai 2014 bemühte sie sich als Kandidatin der vom ehemaligen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski angeführten Initiative »Europa Plus« vergeblich um ein Mandat für das Europaparlament. Ende des gleichen Jahres trat sie schließlich *Twój Ruch* bei.

Nachdem der SLD im Präsidentschaftswahlkampf von den sozialpolitischen Forderungen der PiS fast mühelos links überholt worden war, unterstreicht das Programm der ZL die sozialpolitischen Zielsetzungen des Wahlbündnisses. Hierzu zählen etwa die Erhöhung des Mindestlohns von derzeit 1.750 (ca. 440) auf 2.500 Złoty (ca. 625 Euro), die Einführung eines Stundenmindestlohns von 15 Złoty (ca. 3,75 Euro) für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse, die Möglichkeit des Renteneintritts nach 35 Arbeitsjahren für Frauen bzw. 40 für Männer sowie die Anhebung des Steuerfreibetrags. In weltanschaulichen Fragen macht sich die ZL unter anderem für die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen sowie die Einführung geschlechtsunabhängiger eingetragener Partnerschaften stark.

Im an Sachthemen armen, von Emotionen und persönlichen Animositäten dominierten Wahlkampf profilierte sich die ZL zuletzt verstärkt als Gegnerin einer vermeintlich drohenden »Demokratie« der PiS, welche die Freiheit in Polen gefährde. Auf dem Kongress der ZL am 10. Oktober unterstrich Nowacka, dass es bei den anstehenden Wahlen nicht in erster Linie darum gehe, »wer 500 Złoty mehr bekommen werde«, sondern »um die Form der Demokratie, in der wir leben wollen und in der wir uns frei fühlen«.

Einerseits scheint Barbara Nowacka der leblosen Linken neues Leben eingehaucht zu haben, andererseits wird insbesondere dem SLD das Festhalten an Miller und anderen Altpolitiker_innen vorgehalten. Somit könnten sich die Altlasten der Partei als folgenschwere Ballast beim anvisierten Neustart erweisen. Aktuell schwankt die ZL in den Umfragen zwischen vier und dreizehn Prozent. Die für Wahlkoalitionen notwendigen acht Prozent liegen also im Bereich des Möglichen, allerdings kann der Einzug der ZL in den Sejm keinesfalls als gesichert gelten.

Der politische Novize: Paweł Kukiz

Das Komitee »Kukiz'15« wurde im Juli 2015 von Paweł Kukiz gegründet, einem in Polen vor allem aus den 1980er-Jahren bekannten Rockmusiker. Kukiz war die Überraschung der Präsidentschaftswahlen und errang in der ersten Runde den dritten Platz mit einem beeindruckenden Ergebnis von 20,8 Prozent. Doch seitdem geht es für seine Bewegung steil bergab. Er konnte sich weder



zur Gründung einer Partei noch zur Ausarbeitung eines Programms durchringen. Hinzu kommen sein völlig unberechenbares Vorgehen, die versteckte, aber deutlich rechtsnationalistische Ausrichtung sowie eine bisweilen offen zutage tretende Inkompetenz, beispielsweise in der Außenpolitik.

Auf den Wahllisten finden sich nicht nur ehemalige Funktionär_innen von PO, PiS und der Liga der Polnischen Familien, sondern auch der Nationalen Bewegung (*Ruch Narodowy*), in der sich verschiedene rechtsextreme Gruppierungen vereint haben. All dies führte zu einem kontinuierlichen Absturz in den Meinungsumfragen, sodass die Partei mit derzeit rund fünf Prozent in den Umfragen um den bereits sicher geglaubten Einzug ins Parlament fürchten muss.

Jung, reich und schön: Nowoczesna

Die Partei *Nowoczesna* (Modern) wurde am 31. Mai 2015 gegründet. Nach der verlorenen Präsidentschaftswahl hatten der PO etliche Anhänger_innen enttäuscht den Rücken gekehrt. *Nowoczesna*-Vorsitzender Ryszard Petru beklagt eine »Sozialdemokratisierung der PO« und bietet nun denjenigen Wähler_innen eine neue politische Heimat, denen die PO zu viel ihres wirtschaftsliberalen Profils eingebüßt hat.

Die Partei ist im Grunde eine Ein-Mann-Show, die außer Petru – Ökonom und früherer Assistent des durch die Schock-Reformen der 1990er-Jahre bekannten Finanzministers Leszek Balcerowicz – keinerlei landesweit bekannte Gesichter aufweist. Stattdessen setzt die Partei auf Lokalpolitiker_innen, Geschäftsleute und Rechtsanwälte_innen, darunter auch ehemalige PO-Mitglieder.

Der Wahlkampflogan der Partei lautet »Wir verdienen mehr!«. Programmatisch spricht sich *Nowoczesna* unter dem Schlagwort »3 mal 16« für die Einführung einer einheitlichen Mehrwertsteuer, Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer von 16 Prozent aus. Im Gegenzug möchte die Partei sämtliche bestehenden Steuererleichterungen abschaffen. Neben enttäuschten PO-Wähler_innen kann *Nowoczesna* auch auf Protestwählerpotenzial der stark abbauenden Kukiz-Bewegung hoffen. In den Umfragen oszilliert die Partei um die Fünf-Prozent-Marke. Ein Einzug in den Sejm ist keinesfalls sicher, liegt aber im Bereich des Möglichen.

Alle Jahre wieder: Die PSL setzt auf den Wiedereinzug ins Parlament

Die 1895 gegründete Polnische Volkspartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL) ist die älteste politische Partei Polens. Sie vertritt vor allem die Interessen der Landwirte. Die PSL zeigte sich in den vergangenen Jahrzehnten äußerst anpassungsfähig. Da die Partei eher gemäßigte Ansichten vertritt, ist sie mit nahezu allen Parteien koalitionsfähig. Nach 1989 war sie Partnerin in drei Koalitionsregierungen – mit dem SLD (1993–1997), mit dem SLD und der Arbeitsunion (2001–2003) und seit 2007 mit der PO.

Die Partei ist nach dem Komitee »Kukiz'15« eine mögliche Koalitionspartnerin für die potenzielle Wahlsiegerin PiS. Im Wahlprogramm der Partei findet sich seit Jahren die Forderung nach einer moderateren Privatisierung, der Vereinfachung der Vorschriften zur Ausübung von gewerblichen Tätigkeiten, der Wahrung der öffentlichen Bildung und des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die Anhebung des Mindestlohns. Bei den Wahlen kann die Partei auf fünf Prozent hoffen.

Nationalistische Brandstifter mit Außenseiterchancen: KORWiN

Nachdem Janusz Korwin-Mikke bei den Europawahlen 2014 mit seiner Partei »Kongress der neuen Rechten« überraschend ins Europäische Parlament eingezogen war, tritt der derzeitige Europarlamentarier nun mit seiner neuen Partei »Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung« (*Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja*, KORWiN) erstmals zu den nationalen Parlamentswahlen an. Konnte er bei den Europawahlen mit seiner rechtsradikalen, ultrawirtschaftsliberalen und populistischen Rhetorik vor allem bei den unter 30-jährigen männlichen Wählern punkten, setzt seine Partei diesmal voll auf das Flüchtlingsthema und schürt Ängste vor einer drohenden Islamisierung des Landes – wohlgermerkt bei einem Ausländeranteil von einem Prozent an der Gesamtbevölkerung Polens, wovon lediglich ein Bruchteil muslimisch ist.

In den Umfragen bewegt sich die Partei derzeit um die 3,5 Prozent. Gleichwohl könnte seine Partei von der islamkritischen bis islamophoben Stimmung in der Bevölkerung profitieren und knapp die notwendigen fünf



Prozentpunkte erreichen, um in den Sejm einzuziehen. Allerdings wirbt auch die PiS zuletzt immer massiver um diese Klientel von Wähler_innen.

Razem: Neues aus dem linken Spektrum

Auch auf der linken Seite des politischen Spektrums ist vor den Wahlen eine neue Partei entstanden. Die Partei *Razem* (Zusammen) wurde am 16. Mai 2015 gegründet und tritt mit einem sozialdemokratisch ausgerichteten Programm zu den Sejm-Wahlen an. Gleichzeitig distanziert sich *Razem* ausdrücklich von der Vereinigten Linken, insbesondere vom SLD.

Die Forderungen der Partei beinhalten unter anderem die Erhöhung des Mindestlohns, einen Stopp der Privatisierung des Gesundheitswesens sowie die Einführung eines neuen Spitzensteuersatzes in Höhe von 75 Prozent für Jahreseinkommen ab 500.000 Złoty (ca. 125.000 Euro).

Razem setzt sich vor allem aus jungen gesellschaftlichen Aktivist_innen zusammen, die kaum über politische Erfahrung verfügen. Ein erster Achtungserfolg war die Beibringung der notwendigen Unterschriften, um bei den anstehenden Sejm-Wahlen polenweit antreten zu können. Derzeit liegt die Partei in den Umfragen bei einem Prozent.

Politische Szenarien für den Tag danach

Bereits die Präsidentschaftswahlen im Mai haben deutlich gezeigt, dass auf die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute nur wenig Verlass ist. Ihre Prognosen unterscheiden sich so deutlich voneinander, dass es kaum möglich scheint, die Wahlergebnisse einigermaßen zuverlässig vorherzusagen. So variiert etwa der Abstand zwischen PiS und PO zwischen vier und vierzehn Prozent. Zudem ist faktisch bei fünf Parteien unsicher, ob sie die notwendigen Stimmen für einen Einzug ins Parlament erringen können. Sicher scheint derzeit nur der Wahlsieg der PiS.

Offen bleibt hingegen, wer die nächste polnische Regierung stellen wird. Viel wird davon abhängen, wie die kleineren politischen Akteure abschneiden. Wochenlang konzentrierte sich die PiS-Kampagne auf die Spit-

zenkandidatin Beata Szydło, um vor allem gemäßigte Wähler_innen anzusprechen, während man Jarosław Kaczyński im Hintergrund hielt. Zuletzt trat Kaczyński jedoch vermehrt in den Fokus, vor allem im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte. Ob seine verbalen Ausfälle mehr radikale Wähler_innen anziehen als sie moderate Wähler vergraulen, wird sich erst am kommenden Sonntag herausstellen. Zum jetzigen Zeitpunkt scheinen die folgenden Szenarien möglich:

Die ganze Macht in einer Hand: Alleinregierung der PiS

Nach diesem Szenario gewönne die PiS mindestens 231 Mandate (von 460) und könnte alleine regieren. Je mehr Parteien im neuen Sejm vertreten sein werden, desto geringer ist jedoch die Wahrscheinlichkeit für dieses Szenario. Ein Maximalziel wäre zudem, einen Bündnispartner für eine Zweidrittelmehrheit im künftigen Parlament zu finden, um die polnische Verfassung ändern zu können. Als solcher Bündnispartner wäre Paweł Kukiz am wahrscheinlichsten, dessen Wunsch nach einer Verfassungsänderung ihn mit der PiS verbindet. Ministerpräsidentin wäre Beata Szydło, die aber voraussichtlich nicht selbstständig regieren, sondern vor allem die Anweisungen des Parteichefs Kaczyński umsetzen würde.

Eine Alleinregierung der PiS würde eine gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Präsident garantieren. Der Präsident unterstützt ein solches Szenario aktiv. Dudas Strategie der PiS-Unterstützung baut darauf, den polnischen Wähler_innen vor Augen zu führen, dass eine Kohabitation keine gute Lösung für Polen wäre.

Koalitionspartner gesucht

Sollte die PiS bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit verpassen, aber die größte Fraktion stellen, wird sie vor der schwierigen Aufgabe stehen, einen Koalitionspartner zu finden. Eine große Koalition mit der PO ist schwer vorstellbar. Die Vereinigte Linke lehnt Koalitionsverhandlungen mit der PiS entschieden ab. Auch *No-woczesna* wäre als Juniorpartner von Jarosław Kaczyński nur schwer vorstellbar.

Die wahrscheinlichsten Koalitionspartner scheinen Paweł Kukiz und eventuell KORWiN zu sein. »Für das Wohl Po-



lens«, wie Kukiz es formuliert, wäre er bereit, Ad-hoc-Koalitionen in den wichtigsten Angelegenheiten für den Staat zu vereinbaren.

Trotz des Ringens um die teilweise gleiche Wählerschaft und eines rücksichtlosen Wahlkampfes der PiS schlägt der PSL-Vorsitzende Janusz Piechociński die Bildung einer Koalition aus PO, PiS und PSL vor, an deren Spitze ein Ministerpräsident der PSL stehen sollte. Dies ist allerdings wenig wahrscheinlich, da sich eine siegreiche PiS die Ministerpräsidentenschaft nicht nehmen lassen wird und eine Zusammenarbeit zwischen PO und PiS derzeit als ausgeschlossen gilt. Dennoch zeigt dieser Vorschlag, dass die PSL-Spitze Verhandlungen mit der PiS nicht ablehnen würde.

Das Koalitionsszenario hat einen Schwachpunkt: Jarosław Kaczyński ist ein schwieriger Partner. Im Falle eines sehr guten Ergebnisses der PiS wird Kaczyński die Karten innerhalb einer Koalition verteilen und möglicherweise nicht ganz fair spielen. So war es auch bei der letzten PiS-Koalition mit *Samoobrona* und der Liga der Polnischen Familien. Diese Parteien bezahlten einen hohen Preis für die Koalition mit der PiS: Sie verschwanden vollständig von der politischen Bühne.

Alle gegen PiS: PO – ZL – Nowoczesna – PSL

Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Mehrparteienkoalition hängt vor allem von zwei Faktoren ab. Zum einen müssten neben der PO sowohl die Vereinigte Linke als auch *Nowoczesna* und die PSL die Acht- bzw. Fünf-Prozenthürde überspringen, was nach den jüngsten Meinungsumfragen keinesfalls als sicher gelten kann. Zum anderen müsste eine solche Koalition eine immense programmatische Kluft überbrücken. Insbesondere für die ZL, die in ihrem Programm einen betont sozialpolitischen Kurs fährt, könnte eine Zusammenarbeit mit der betont wirtschaftsliberalen *Nowoczesna* zur Zerreißprobe werden. So würde eine derartige Koalition vorrangig – und möglicherweise einzig und allein – von ihrer Gegnerschaft zur PiS geeint sowie dem Anliegen, »eine Demokratie zu verhindern« (Barbara Nowacka). Die Halbwertszeit einer solchen Zweckgemeinschaft wäre demnach äußerst gering.

Neben internen Widersprüchen hätte eine Vierparteien-Koalition zudem mit einer angriffslustigen PiS in der Opposition zu kämpfen, die trotz Wahlsieg nicht an der Re-

gierung beteiligt wäre und diese mit mehrheitsfähigen populistischen Forderungen vor sich her treiben könnte. Zudem dürfte sich eine in die Opposition verbannte PiS der Unterstützung des Präsidenten Andrzej Duda sicher sein, der die Unterzeichnung von Gesetzen ohne Angabe von Gründen ablehnen kann. Ein solches präsidentiales Veto kann der Sejm zwar mit einer Dreifünftel-Mehrheit zurückweisen, wofür jedoch die Stimmen der Opposition notwendig wären. Der frühere Präsident Lech Kaczyński wendete das Veto in sieben Monaten der Kohabitation mit einer PO-geführten Regierung sage und schreibe zwölf Mal an, um unliebsame Gesetzesinitiativen zu blockieren. Gegenwärtig hätte eine solche Kohabitation vier lange Jahre zu meistern, sodass Neuwahlen vor Ablauf der offiziellen Legislaturperiode wahrscheinlich wären, aus denen dann vor allem die PiS gestärkt hervorgehen dürfte.

Fazit

Wie in jedem Land hat auch der polnische Wahlkampf seine eigenen Spielregeln. Die argumentative Auseinandersetzung mit einzelnen Punkten der Parteiprogramme spielt dabei eine Nebenrolle. Die politischen Kontrahent_innen konzentrieren sich darauf, ihren Widersacher_innen persönliche Schläge zu versetzen. Politische Inhalte bleiben dabei zwangsläufig auf der Strecke.

Insbesondere Themen mit internationaler Relevanz stoßen in einem derartigen Umfeld auf wenig Resonanz. Der Krieg in der Ukraine scheint aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt, ebenso wie die Frage nach neuen NATO-Basen in Polen. Einzig die Flüchtlingskrise vermochte es für einen kurzen Moment, die Aufmerksamkeit der Wahlkampfdebatte zu erlangen. Während sich die PiS mit radikalen Parolen nach Rechtsaußen auf Stimmenfang begab, schien die regierende PO zunächst hin- und hergerissen. Einerseits befürchtete die Partei mit einer offenen Haltung gegenüber Flüchtlingen weiter an Boden gegenüber der PiS zu verlieren; schließlich sprechen sich laut Umfragen 67 Prozent der Polen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus. Andererseits wollte die polnische Regierung ihre europäischen Partner nicht vor den Kopf stoßen und sagte schließlich die Aufnahme von rund 7.000 Flüchtlingen zu.

Währenddessen zeichnen sich weitere Veränderungen in der polnischen Politik ab. Zwar lässt sich noch nicht von einem Generationenwechsel sprechen, gleichwohl



treten verstärkt junge Kräfte auf die politische Bühne des Landes. Und auch Frauen drängen seit der Übernahme des Premierministerpostens durch Ewa Kopacz verstärkt in politische Spitzenämter. Beata Szydło (PiS) und Barbara Nowacka (Vereinigte Linke) sind zumindest

in Wahlkampfzeiten Spitzenkandidatinnen ihrer Parteien. Allerdings bleibt abzuwarten, ob sich die alten Führungsriege tatsächlich zurückziehen oder die Nominierung von Kandidatinnen für die Spitzenämter lediglich wahlkampfaktische Gründe hatte.



Über die Autor_innen

Dr. Joanna Andrychowicz-Skrzeba ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

Bastian Sendhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-306-5